

Ergebnisprotokoll

über die 7. Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
(VIII. Wahlperiode)
am 9. Oktober 2014

Tagungsort: Sitzungssaal 8B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:15 Uhr **Ende:** 11:08 Uhr

Teilnehmer: Herr Uwe Kraft,
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Frau Arnold i.V.	Herr Koch	Frau Sautner
Herr Gerfelder i.V.	Frau Loizides	Frau Steiner i.V.
Herr Herkströter i.V.	Herr Hubert Müller	Herr Stolpp i.V.
Frau Huf	Frau Anette Rinn	Herr Dr. Sydow
Frau Jansen	Herr Röttger i.V.	

Fraktionsvorsitzende Herr Schindler

Mitglieder des Präsidiums Herr Geiß

Fraktionsgeschäftsführer/in: Herr Jung
Frau Suffert

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck
Herr Krämer
Herr Ortmüller
Frau Sander
Frau Güss
Herr Braun
Frau S. Mahler

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn
Drs. Nr. VIII / 99.0 und 99.1
2. Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen - **Drs. VIII / 67.6**
3. Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, **Herr Uwe Kraft**, begrüßte die Anwesenden.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung frist- und formgerecht erfolgt ist.

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Einwendungen und Ergänzungswünsche.

Zu TOP 1: Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn - **Drs. Nr. VIII / 99.0 und 99.1**

Für die **CDU-Fraktion** teilte **Herr Röttger** mit, dass diese der **Drs. Nr. VIII / 99.1** zustimmen werde.

Frau Huf (DIE Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion noch einige Fragen zu dem Vorhaben habe. Grundsätzlich müsse festgestellt werden, dass es sich hier um einen kleinen Ort und um eine sehr große, massiv in die Landschaft eingreifende und sehr teure Maßnahme handele. Sie bat um Information zu den Themen Einwohnerentwicklung von Eschenhahn in den letzten Jahren, zur tatsächlichen Erhöhung der Reisegeschwindigkeit durch die vorgesehene Tempo-80 km/h Festlegung, zur Wechselwirkung des Ausbaus der B 275 mit der A 3, zu eventuellen Planungen für Wehen sowie zu den wegfallenden Fußwegen/Waldwegen. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Angaben der Verkehrsbelastungen auf Daten aus dem Jahr 2005 beruhten.

Abschließend beantragte Frau Huf die Verschiebung der Abstimmung in die Sitzung der Regionalversammlung am 17.10.2014.

Frau Güss machte deutlich, dass einige der Fragen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft und somit auch nicht beantwortet werden könnten.

Frau Sander bestätigte, dass die zugrunde gelegte Verkehrszählung aus dem Jahr 2005 nicht mehr aktuell sei. Diese habe ca. 10.000 Kraftfahrzeuge (KFZ) pro Tag ergeben. Eine Verkehrszählung im Jahr 2010 habe einen leichten Rückgang der Verkehrszahlen aufgezeigt. Dies habe dazu geführt, dass Hessen Mobil jetzt eine neue Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben habe, die im Juni 2015 abgeschlossen sein werde. Aus dieser Erhebung würden für den Prognosezeitraum 2030 aktuellere Aussagen erwartet. Auch die Frage, inwieweit eine Wechselwirkung zwischen dem Ausbau der B 275 und der A 3 bestehe, werde in dieser Untersuchung mit betrachtet.

Zur Frage, welche Auswirkungen das Vorhaben auf den Ort Wehen habe, informierte Frau Sander, dass die Stadt Taunusstein derzeit einen neuen Verkehrsentwicklungsplan vorbereite.

Sie bestätigte, dass Fußwege wie die Eisenstraße oder auch eine Überführung am Eschenhahner Stern vom Vorhaben betroffen seien und wegfielen. Nähere Angaben zu weiteren betroffenen Wegen könne sie jedoch nicht machen, da dies aus den ihr

vorliegenden Unterlagen nicht hervorgehe.

Zum Thema Reisegeschwindigkeit erläuterte sie, dass es sich hier um eine Bundesstraße handle. Hier sei nicht beabsichtigt, die Geschwindigkeit zu minimieren. Dies bedeute im Allgemeinen eine Reisegeschwindigkeit von 100 km/h und in den Knotenpunkten von 80 km/h.

Zum Thema Einwohnerzahl führte Frau Sander aus, dass Eschenhahn ein kleiner Ort sei, für den auch der Regionalplan keinen Siedlungsflächenzuwachs vorsehe. Massive Veränderungen der Einwohnerzahl werde es somit nicht geben.

Im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans würde diese Maßnahme nochmals neu bewertet, und man gehe davon aus, dass Ortsumfahrungen vorrangig den Hauptort entlasten sollen und Stadtteile eine geringere Bedeutung im Rahmen von Ortsumfahrungen bekämen. Es könne jetzt noch nicht gesagt werden, ob sich diese Maßnahme im Bundesverkehrswegeplan 2014 wiederfinde.

Abschließend erklärte Frau Sander, dass es sich hier um eine überregionale Landstraße handle und diese sei als Bundesstraße zum jetzigen Zeitpunkt im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf. **Herr Röttger (CDU)** betonte, dass es sich hier um ein sehr dringendes Vorhaben handle.

Herr Schindler (SPD) teilte mit, dass seine Fraktion sich dem Wunsch nach Verschiebung der Entscheidung ins Plenum anschließen könne. Bei dieser Abstimmung werde seine Fraktion dem Vorhaben zustimmen.

Es wurde einstimmig vereinbart, die Beschlussfassung zur Drs. Nr. VIII / 99.1 auf die RVS am 17.10.2014 zu verschieben.

Zu TOP 2: Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen - **Drs. VIII / 67.6**

Herr Kraft erläuterte, dass die **Drs. Nr. VIII / 67.6** quasi aus drei Teilen bestehe, von denen Teil 1 und 2 zur Kenntnis genommen und Teil 3 beschlossen werden solle.

Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass der Vortrag von Herrn Prof. Heinemann im WV/HPA am 2. Oktober von allen Fraktionen als informativ empfunden wurde. Es wurde die Auffassung vertreten, dass aus den Ausführungen noch einige Schlussfolgerungen gezogen werden sollten, die in das Pflichtenheft mit einfließen müssten. Insbesondere der Punkt „Auswirkung des e-commerce auf die momentane Entwicklung des Einzelhandels“ müsse Eingang in das Pflichtenheft finden. Es herrschte Einigkeit darüber, dass Teil 1 und Teil 2 heute zur Kenntnis genommen werden könnten. Das Pflichtenheft müsse jedoch in der Dezember-Sitzungsrunde nochmals diskutiert werden. Dort solle es dann auch beschlossen werden.

Herr Braun erklärte, dass es schwierig sei, den Internethandel regionalplanerisch zu steuern und er es für schwierig halte, hierzu einen konkreten Punkt für das Pflichtenheft zu formulieren. Der heute vorgelegte Statusbericht solle u.a. dazu dienen, bereits jetzt schon zusätzliche Anregungen von den Fraktionen zu erhalten, die bis zur Dezembersitzung in die Vorlage eingearbeitet werden könnten.

Herr Röttger (CDU) teilte für seine Fraktion mit, dass diese sich derzeit noch nicht in der Lage sehe, Anregungen für das Pflichtenheft zu geben. Das Thema REHK sei für seine Fraktion ein sehr relevantes Thema und werde in einer Klausurtagung Mitte November

beraten. Eine abschließende Beratung und Beschlussfassung solle für die Dezember-Sitzungsrunde vorgesehen werden.

Herr Schindler (SPD) gab zu bedenken, dass im Zuge von Genehmigungen für Logistik- und Handelsunternehmen des Internethandels auch Verkaufsflächen unterhalb der Großflächigkeit entstanden sind. Hierzu solle eine entsprechende Abfrage bei den Bauaufsichtsbehörden gestellt werden.

Herr Röttger (CDU) machte nochmals deutlich, dass in der Dezember-Sitzungsrunde ein abschließender Beschluss gefasst werden solle. Hilfreich für die Fraktionsberatungen wäre hierzu eine zeitnahe Überlassung der Tabelle mit den im Rahmen der Evaluierung erfassten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in einer lesbaren Form sowie des Entwurfs des Pflichtenheftes.

Herr Gerfelder (SPD) machte darauf aufmerksam, dass es im Zusammenhang mit dem Einzelhandelskonzept der Stadt Stuttgart und dem Wettbewerbsgebot ein Verfahren der Europäischen Union gegen die Bundesrepublik Deutschland gebe. Er bat die obere Landesplanungsbehörde, den aktuellen Sachstand zu recherchieren, da dieser Auswirkungen auf das REHK haben könne.

Frau Mahler sagte zu, dass die Tabelle in der gewünschten Form in der morgigen HPA-Sitzung den Fraktionen übergeben werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Kraft** über die **Drs. Nr. VIII / 67.6** in der zuvor vereinbarten Fassung

„Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen. Dem in Kapitel 3 der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde beschriebenen Vorgehen wird dahingehend zugestimmt, dass das Pflichtenheft im HPA zur Beschlussfassung vorzulegen ist sowie das Thema e-commerce sowie sämtliche daraus resultierende Auswirkungen stärker in den Fokus genommen werden sollen.“

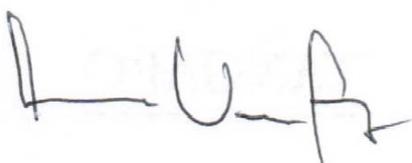
abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr stimmt der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -**Drs. Nr. VIII / 67.6** - in der so geänderten Fassung einstimmig zu.

Zu TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Da keine Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Kraft** um 11:08 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des Ausschusses WV



Uwe Kraft

Schriftführerin



Conny Scheuermann